

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrüet, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Metnerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radesornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wllh. Bell Jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 196

Anzeigepreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 1. Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto.

Halver

Donnerstag, den 22. August

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratis beilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“, „Gerd u. Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und am Abend.

1929

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages trat am Mittwoch in die fachliche Beratung des Regierungsentwurfes zur Reform der Arbeitslosenversicherung ein. Reichsarbeitsminister Wiffell begründete den Entwurf.

* Die Außenhandelsbilanz im Juli weist eine bedeutende Verschlechterung auf. Sie zeigt eine Passivität von 199 Millionen Mark gegenüber 61 Millionen Mark im Vormonat.

* Am Arbeitsmarkt machten sich erstmals wieder ungünstigere Einflüsse geltend. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger liegt um etwa 4000 über der Zahl in der gleichen Zeit des Vorjahres.

* Ein russischer Panzerzug hat die chinesische Grenzstation Mandschuria beschossen. Es kam dabei zu einem lebhaften Gefecht zwischen den beiderseitigen Truppen.

Die Versicherung in der Schachtel.

Der große Versicherungskrach, bei dem nach fast 65-jährigem Bestehen die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A.-G., eines der bedeutendsten deutschen Versicherungsunternehmen, mit einem Millionendefizit zusammenbrach, hält die Finanzwelt in Atem. Aber nicht nur Bankiers und Börsenleute haben ein Interesse an diesem traurigen Fall, sondern auch das große Publikum. Wenn jetzt durch die Rettungsaktion der Banken das Versicherungsgeschäft der „Frankfurter“ durch die „Allianz“ übernommen worden ist, und ohne Schädigung für die Versicherten weitergeführt wird, so ist doch zu befürchten, daß in der großen Menge der Versicherungsgedanken Einbuße an Ansehen erleiden wird. Noch zu frisch ist die Erinnerung an die Inflationsverluste der Versicherten, als daß nicht neue Beforgnis entstehen könnte. Die feineren Unterschiede, die das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen jetzt in seiner Veröffentlichung gemacht hat zwischen dem Versicherungsgeschäft, das in Ordnung gewesen sein soll, und dem illegitimen Bankgeschäft, das der Kontrolle des Aufsichtsamtes nicht untersteht, dürfte für das breite Publikum nur schwer verständlich sein. Es wird trotz alledem nicht begreifen, daß solche Risiken Verluste entstehen konnten bei der besonderen staatlichen Kontrolle, der alle Versicherungsgesellschaften unterworfen sind. Versicherungsgelder stellen doch immer Spargelder dar, die für die Fälle zwar vorhersehbarer aber nicht genau bestimmter Vorfälle angelegt werden und der besondere Schutz, den der Staat ihnen angedeihen läßt, ist durchaus notwendig und berechtigt. Es ist nur zu bedauern, daß das Aufsichtsamt im vorliegenden Falle anscheinend seiner ihm paragrafenmäßig zur Verfügung stehenden Kontrollpflicht zwar buchstabenmäßig nachgekommen ist, darüber hinaus es aber nicht für nötig befunden hat, rechtzeitig nach dem Rechten zu sehen. Eine genaue Prüfung der Bilanzen hätte dazu führen müssen, einmal in die verzwickten Zusammenhänge zwischen der Versicherung, der Absahfinanzierung und den übrigen bankmäßigen Geschäften eingehend hineinzuleuchten. Die hauptsächlich schuldbedürftige Versicherung hätte aus der Verschachtelung mit den übrigen Unternehmungen einmal sauber herausgenommen und genau geprüft werden müssen.

Durch die Beteiligung der „Frankfurter“ an Absahfinanzierungsgeschäften sollen die Hauptverluste entstanden sein; und die Frage nach dem volkswirtschaftlichen Nutzen der Konsumfinanzierung überhaupt wird von neuem aufgerollt. An sich ist der Gedanke, den Konsum ähnlich wie die Produktion zu finanzieren, nicht ungesund, aber es fragt sich, inwieweit Deutschlands Konsumkraft stark genug ist, um sich ihr anpassen zu können. Die Finanzierungsstellen ihrerseits haben es anscheinend nicht immer verstanden, sich dem Grade des deutschen Konsums entsprechend einzustellen. In der Übertreibung der Anspannung liegt der Hauptgrund dafür, daß bisher nur in wenigen Ausnahmefällen die Absahfinanzierung reibungslos und ohne größere Verluste in Deutschland abgearbeitet hat. Vor solchen Überspannungen wird selbst in den Vereinigten Staaten, dem Mutterlande des Gedankens, das doch eine bei weitem stärkere Kaufkraft besitzt, immer wieder gewarnt. Diese Warnung dürfte jetzt nach dem Frankfurter Fall doppelte Beherzigung und Berücksichtigung finden.

Ein weiterer Punkt, der bei der Betrachtung der Frankfurter Vorgänge sich von allgemeinem Interesse zeigt, ist das anscheinende Versagen des Aufsichtsrates, der doch von Rechts wegen das Abgleiten der Geschäftsführung von ihrem eigentlichen Versicherungsgebiet auf das des Bankgeschäftes und die Gefährdung, die dadurch das erstere erfährt, gemerkt haben mußte, und rechtzeitig hätte einschreiten müssen. Inwieweit es sich hier um Verfehlungen nicht nur dieses Aufsichtsrates, sondern um einen Kardinalfehler der Institution der Aufsichtsrate überhaupt, wie sie unsere Gesetzgebung kennt, vorliegt, wird eingehend zu prüfen sein.

Das Erfreuliche ist, daß aus der großen Katastrophe die Versicherung ohne Schaden hervorgeht; aber schwere Gefahr war im Verzuge. Eine eingehende Nachprüfung der Fehler, die die Gefährdung herbeigeführt haben, wird hoffentlich dazu führen, daß sie in Zukunft vermieden und, wo sie auf einem grundsätzlichen Mißstand beruhen, dieser abgestellt wird. Dr. S.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

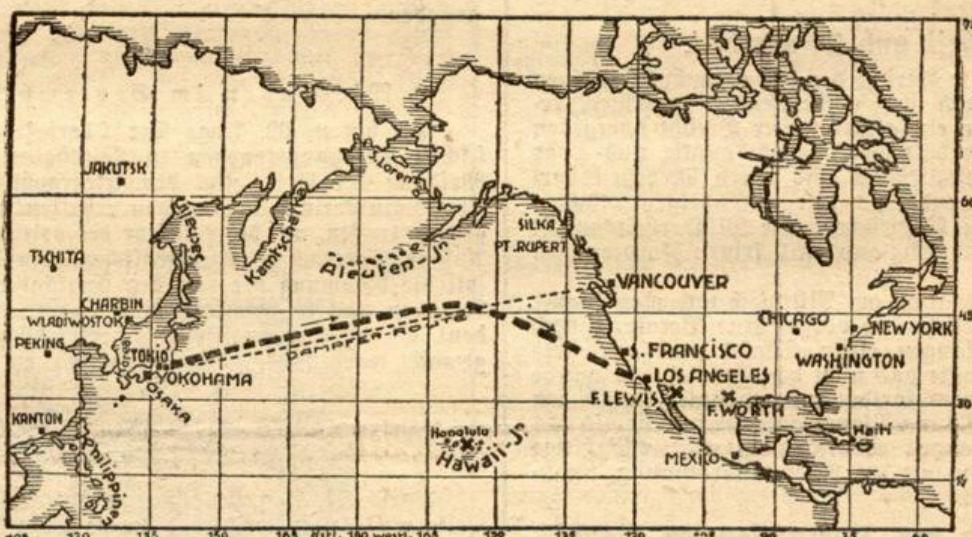
Deutsch-tschechoslowakischer Handelsverkehr.

Der deutsche Gesandte in Prag, Dr. Koch, sprach in einer Besprechung mit einem Prager Journalisten die Hoffnung aus, daß der Handelsvertrag zwischen Deutsch-

Von Tokio nach Los Angeles.

Graf Zeppelins Südseefahrt.

Der Weg von Tokio nach Los Angeles, den „Graf Zeppelin“ auf der 3. Etappe seines Weltfluges zurücklegt, hat eine Länge von rund 8500 Kilometern. Bei einigermaßen günstigen Wetterverhältnissen kann der Zeppelin diese Strecke in 84 Stunden zurücklegen, während die großen Passagierdampfer bei einer Geschwindigkeit von 20 Seemeilen für die gleiche Strecke 17 Tage benötigen. Der Zeppelin kann also bereits am Sonnabend mittag (europäische Zeitrechnung) in Los Angeles eintreffen. Die amerikanische und japanische Marine haben alle Vorbereitungen getroffen, um den Zeppelin während seiner Fahrt laufend mit Wetternachrichten zu versehen. Interessant ist, daß der Zeppelin auf seiner Fahrtroute



Die Fluglinie von Tokio nach Los Angeles.

die sogenannte Datumsgrenze,

den 180. Längengrad, passieren wird. Das hat zur Folge, daß er bei Erreichen der Grenze, also voraussichtlich 24 Stunden nach seiner Abfahrt von Tokio, einen Kalendertag zweimal erlebt. Je nach der Zeit, zu der er die Datumsgrenze überfliegt, wird er also, da er bereits an einem Donnerstag (nach japanischer Zeitrechnung) gestartet ist, entweder den Donnerstag oder den Freitag doppelt erleben. Er darf also einen Tag lang seinen Kalender nicht abreißen.

Japans Zeppelinbegeisterung.

Viele tausend Personen besuchten den Flugplatz Kasumigaura, um das Luftschiff „Graf Zeppelin“ zu bewundern. Die Mannschaften sind von den Japanern überreich beschenkt

worden, so daß sie die Geschenke nicht alle im Zeppelin mitnehmen können und gezwungen sind, sie mit gewöhnlicher Post nach Hause zu schicken.

Die Briefmarkensammler und der Zeppelin.

Große Freude bereitete den Empfängern die vom „Graf Zeppelin“ mitgebrachte Post. Das Luftschiff führt auch erneut wieder Post für Amerika und Deutschland mit. Die Briefmarkensammler aus ganz Ostasien bestimmen die Postfach, um Briefumschläge und Postkarten mit dem Stempel des Zeppelfluges zu erhalten. Sie bieten teilweise sehr hohe Summen dafür. Die Portofähre für die Zeppelinpost von Tokio nach Los Angeles betragen 1 Dollar, nach New York 1,50 Dollar, nach Friedrichshafen 2,50 Dollar. Die in Japan aufgelieferte Post beläuft sich bisher auf 3000 Stück.

Neue Rekorde im Logbuch.

Das Logbuch des „Graf Zeppelin“ weist zahlreiche neue Rekorde auf. Wie Dr. Edener mitteilte, sind von Friedrichshafen bis zum Augenblick des ersten Überfliegens der Luftschiffhalle auf dem Flugplatz Kasumigaura 11 020 Kilometer in 99 Stunden 40 Minuten zurückgelegt worden. Unter Einbeziehung der auf der

land und der Tschechoslowakei, über den schon seit einem Jahre verhandelt wird, in Kürze abgeschlossen wird. Dies läge im Interesse der beiden Staaten. Es seien zwar Schwierigkeiten zu verzeichnen, jedoch sei zu hoffen, daß ein Mittelweg gefunden werde, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten zu festigen.

Die Rheinregulierung.

Der Ausschuss des Nationalrates für die Rheinregulierung hat am Dienstag der schweizerischen Regierungsvorlage über die Frage der Rheinregulierung und den deutsch-schweizerischen Vertrag im Prinzip einstimmig zugestimmt. Der Ausschuss hat die Rheinbasenanlagen bis Straßburg besichtigt und sich dann über badisches Gebiet nach Rheinfelden zurückbegeben.

Wiesbadens Besetzung.

Die Wiesbadener Bevölkerung war in letzter Zeit stark beunruhigt worden durch Meldungen, die besagten, nach Abzug der englischen Besatzung werde Wiesbaden eine neue Besetzung durch belgische Truppen erhalten. Der Magistrat der Stadt hat sich telegraphisch an den Reichsaussenminister Dr. Stresemann mit der dringenden Bitte gewandt, die ohnehin schon sehr stark geschädigte

Schiffsfahrt über Tokio und bei dem Absteiger nach Yokohama zurückgelegten Strecke steigert sich die Gesamtkilometerzahl auf 11 200 Kilometer, die in 101 Stunden und 51 Minuten bewältigt wurde. Die Entfernung Berlin—Tokio beanspruchte 95 Stunden und 55 Minuten, die Überquerung Asiens 74 Stunden und 49 Minuten. Japan kennt alle Einzelheiten der Zeppelfahrten, von den Kämpfen mit dem Wetter auf dem Atlantischen Ozean bis zu den Schwierigkeiten mit den blinden Passagieren. In Kasumigaura sorgte ein dichter Kordon von Matrosen um die Luftschiffhalle dafür, daß nicht irgendein behender Japaner sich als blinder Passagier einschleichen konnte.

Japans Ministerpräsident an den Reichskanzler.

Anlässlich des Aufenthalts des „Graf Zeppelin“ in Tokio sandte der japanische Ministerpräsident an

den Reichskanzler ein Telegramm, in dem er in sehr herzlichen Worten dem deutschen Volke die Glückwünsche Japans übermittelte. Der Reichskanzler dankte in einem Antworttelegramm für den Gruß mit aufrichtigen Wünschen für die glückliche Zukunft Japans.

Letzte Vorbereitungen des „Graf Zeppelin“

Die Vorbereitungen für die Pazifikfahrt des „Graf Zeppelin“ gingen glatt vor sich. Die Übernahme von Betriebsstoff war bereits um 2 Uhr durchgeführt und die Füllung des Luftschiffes um 6 Uhr beendet. Auch Verpflegung für sechs Tage, Wein und Spirituosen, sind an Bord genommen worden. Auf dem Flugfeld Kasumigaura herrschte lebhaftes Treiben. Die Halle wurde stark bewacht, um ein neues Erlebnis mit einem blinden Passagier zu vermeiden. Die Zahl der Passagiere beträgt wiederum zwanzig. Von ihnen haben siebzehn die Fahrt von Friedrichshafen mitgemacht. An Stelle von drei aus Deutschland mitgereisten Japanern nehmen an der Fahrt nach Los Angeles drei japanische Marineoffiziere teil.

Dr. Edener hatte den Passagieren des Luftschiffes mitteilen lassen, daß für sie ein Sonderzug bereitsteht, der Tokio um Mitternacht verließ und auf dem Flugplatz Kasumigaura um 2 Uhr eintraf, so daß die Abfahrt um 4 Uhr japanischer Zeit (8 Uhr abends M. E. Z.) erfolgen konnte. Windstille und fast wolkenfreier Himmel bei Sonnenuntergang ließ günstiges Wetter erhoffen.

Im Laufe des Nachmittags waren Tausende und aber Tausende in Sonderzügen von Tokio nach Kasumigaura geeilt, mit dem festen Entschluß, die ganze Nacht auf dem Flugfeld auszuharren und dem großen Ereignis des Abfluges beizuwohnen. Ebenso waren lange Automobilkarawanen nach dem Flugfeld unterwegs.

Wie der Vertreter der Japag erklärte, mußten während des Aufenthalts des Luftschiffes in Japan 40 Bewerber um Passagierplätze für die weitere Fahrt wegen Platzmangels zurückgewiesen werden.

Stadt vor dieser Verlängerung der Besetzung, die eine neue wirtschaftliche Katastrophe bedeuten würde, zu bewahren.

Frankreich.

Einstellung der Horan-Untersuchung.

Der Pariser Untersuchungsrichter hat das wegen Spionage eingeleitete Verfahren gegen den Journalisten Deplanque und den Beamten der Presseabteilung des Außenministeriums De Noblet d'Anglure eingestellt. Sie wurden beschuldigt, im vorigen Jahre dem Vertreter der amerikanischen Hearst-Presse, Horan, ein auf das französisch-englische Flottenkompromiß bezügliches, geheimzuhaltendes Dokument zugänglich gemacht zu haben. Die Angelegenheit erregte damals großes Aufsehen, verläuft aber nunmehr im Sande, was anscheinend von den beteiligten Stellen nicht ungern gesehen wird.

Aus In- und Ausland

Berlin. Das neu zu bildende Bistum Berlin soll dem Bernharden nach mit dem jetzigen Bischof von Meißen-Bautzen, Dr. Schreiber, besetzt werden. Die formelle Ernennung würde erst in mehreren Wochen erfolgen, da zunächst noch die

Unentschlossenheit im Haag

Das deutsche Verlangen nach Entscheidung.

Der verhängnisvolle 1. September.

Ist am 1. September der Young-Plan im Haag nicht unter Dach und Fach gebracht, so wäre automatisch der Zwang für das Fortbestehen des Dawes-Planes gegeben. Nach dem bisherigen schleppenden Verlauf der Haager Konferenz, bei der namentlich durch die englisch-französischen Reibungen stark gewachsenen Aussicht der Verzögerung auf weite Sicht, erschien der am Montag unternommene Vorstoß der deutschen Delegation durchaus angemessen. Die Note der Deutschen verlangte kurz und knapp, die außer Deutschland teilnehmenden fünf Mächte möchten in einer sofortigen Besprechung die Lage prüfen und nunmehr ernstlich zu einem Entschluß kommen, da der 1. September vor der Tür stehe. Würde bis dahin keine Klarheit geschaffen, so könnte man — und diese Ansicht wird in ganz Deutschland geteilt — mit dem ergebnislosen Auseinandergehen der Konferenz rechnen. Die deutsche Ansicht, deren Bekanntgabe ziemlich Erregung im Haag hervorrief, ist auf Verständnis gestoßen. Schon für Mittwoch nachmittag wurde die verlangte Sitzung der sechs Mächte, einschließlich Deutschland, einberufen und man setzte voraus, daß Reichsaussenminister Stresemann in einer prinzipiellen Rede die Notwendigkeit einer Entscheidung für Deutschland betonen würde.

Von anderen wichtigen Ereignissen liefen nebenher die erste Unterredung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Briand und seinem hauptsächlichsten Gegner, dem englischen Schatzkanzler Snowden, ferner die Fertigstellung des Berichtes der Finanzsachverständigen der fünf Gläubigermächte. Offiziell wird versichert, die Unterredung zwischen Snowden und Briand sei zwar herzlich verlaufen, aber Snowden habe auch jetzt nicht die Absicht, auf die von den anderen Mächten projektierte Verteilung der deutschen Leistungen einzugehen. Er beharre dabei, daß sowohl Frankreich wie Italien in dem vorliegenden Young-Plan zu Ungunsten Englands übermäßig bevorzugt wären. Die Annäherung der Staaten könne nur geschehen, wenn man England entgegenkommen werde.

Mehrheit und Minderheit.

Der fertiggestellte Bericht der Finanzsachverständigen läßt keinen Ausgleich der abweichenden Ansichten erkennen. Es ist zwar ein gemeinsamer Bericht übergeben worden. Aber er enthält zwei Gesichtspunkte und zwar eine Minderheitsentscheidung und einen Mehrheitsvorschlag. Frankreich wendet sich mit den übrigen Mächten gegen die englischen Ansprüche. Die Minderheitsansicht geht aber dahin, daß England mit seinen Forderungen im Recht sei.

So war die Situation am Mittwoch und man konnte nur hoffen, daß endlich die vorgesehene Beratung nach dem deutschen Verlangen einen Schritt nach vorwärts bedeuten würde. Sollte das nicht der Fall sein, so würde der bisherige Wirrwarr fortdauern und unter Umständen das Scheitern des Young-Planes sowohl wie damit das gerechtfertigte Verlangen Deutschlands auf endgültige Regelung, verbunden mit der Rheinlandräumung, unabsehbar hinausgezögert.

Zürich als Sitz der Internationalen Bank?

Ein belgisches Blatt erklärt, von einer hochstehenden

Einrichtung der neuen Bistümer durch einen päpstlichen Erlaß erfolgen muß.

Berlin. Der der Sozialdemokratischen Partei angehörende, im ersten Wahlkreis (Stipreußen) gewählte Reichstagsabgeordnete Hermann Schulz ist einem Herzschlag erlegen. Der Verstorbene war 1872 in Elbing geboren und gehörte dem Reichstag seit 1923 an.

Hamburg. Das argentinische Schulschiff „Presidente Sarmiento“, traf im Hamburger Hafen ein und machte im Schiffbauwerften fest. Diesmal wird sich der Aufenthalt auf fünf bis sechs Tage erstrecken.

Newyork. Zu Ehren des mit der „Bremen“ eingetroffenen deutschen Staatssekretärs Dr. Meißner gab Generalkonsul von Reivinski ein Abendessen. Unter den Gästen befanden sich viele Vertreter des Newyorker Deutschums.

Christlich-nationale Bauern zum Volksbegehren.

Beschlüsse in Halle.

Mittwoch trat in Halle die Reichsparteileitung der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei zusammen. Sie nahm Stellung zu den von dem Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Schiele, in einem Rundschreiben gegen die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei gerichteten Angriffe. Die Parteileitung der Landvolkpartei erklärt, daß sie eine umgehende Klarstellung darüber erwartet, ob die Deutschnationale Parteileitung den Standpunkt Dr. Schiele teilt, in welchem letzterem Falle es der Landvolkpartei außerordentlich erschwert werden würde, weiterhin im Reichsausschuß für das Volksbegehren mit der Deutschnationalen Volkspartei zusammenzuarbeiten.

Die schwierige Arbeitslosenvorlage.

Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuß.

Unter dem Vorsitz des Zentrumsabgeordneten Esser begann der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages mit der sachlichen Beratung des Regierungsentwurfes zur Arbeitslosenversicherung. Der Entwurf ist mittlerweile im Wortlaut bekanntgegeben worden. Er soll im Reichskabinett mit sieben gegen vier Stimmen angenommen worden sein. Im wesentlichen deckt er sich mit den Gutachten der Sachverständigen und verlangt wohl als Hauptsache eine halbpromille bis zum 31. März 1931 befristete Beitragserhöhung. Dieser Punkt dürfte bei den kommenden Verhandlungen der umstrittenste sein, da bekanntlich die Arbeitgebervertretungen es für unmöglich erklären, irgendwelche Erhöhung der Beiträge leisten zu können.

Die Sachverständigen hatten vorgeschlagen, daß eine enge Verbindung zwischen der Dauer der Arbeitslosigkeit auf die Unterstützung und deren Höhe eingeführt würde. Diesen Vorschlag hat der Regierungsentwurf fallen lassen, resp. nur für die Saisonarbeiter beibehalten. Für diese soll die volle Arbeitslosenunterstützung nur dann gezahlt werden, wenn sie in den letzten zwei Jahren vor der Meldung als Arbeitslose mehr als 52 Wochen ununterbrochen gearbeitet haben. Ist das nicht der Fall, so wird die Unterstützung gemindert, und zwar für die Lohnklassen 7—10 (39—57 Mark wöchentliches Arbeitsverdienst), auf die Sätze der Klasse 6 (13,20 Mark Hauptunterstützung), für

Persönlichkeit im Haag über das Schicksal der Internationalen Bank folgende Einzelheiten in Erfahrung gebracht zu haben. London und Paris, so hätte diese Persönlichkeit gesagt, würden sich vorläufig noch den Rang streitig machen. Doch würde man sich nicht einigen können und daher sowohl Paris wie London als Sitz für die zukünftige Bank anscheiden. Auch Amsterdam und Brüssel hätten auch keine Aussicht, gewählt zu werden. Man könne mit Bestimmtheit annehmen, daß Zürich die meisten Stimmen auf sich vereinigen würde.

Die Vorgänge im Haag.

Besprechungen über Besprechungen.

Die Sitzung der Delegierten der sechs einladenden Mächte der Haager Konferenz, nämlich Deutschland, England, Frankreich, Italien, Belgien und Japan, dauerte am Mittwoch um sieben Uhr abends noch an.

Der Mittwochnachmittag brachte in erster Linie die Besprechung der vier Rheinlandmächte, die auf Nachmittags 4 Uhr anberaumt war und wieder im Hotel der englischen Delegation stattfand. Sie dauerte 1½ Stunden. Ihr war eine einstündige Besprechung zwischen Reichsaussenminister Dr. Stresemann und dem französischen Ministerpräsidenten Briand vorausgegangen, zu der sich Briand im Hotel der deutschen Delegation eingefunden hatte. Als Ergebnis der Viererbesprechung kann vorläufig festgestellt werden, daß am Freitag nachmittag eine Sitzung des Vollkomitees der Konferenz stattfinden soll, das seit Wochenfrist nicht mehr zusammengetreten ist.

Von französischer Seite werden in dem der Mehrheits- und Minderheitsmeinung wiedergebenden Bericht der Finanzkommission die Vorschläge auf Schaffung eines ständigen Überwachungsausschusses im Rheinlande aufrechterhalten.

Die finanziellen Erörterungen scheinen sich jetzt auf den Versuch einer stärkeren Inanspruchnahme Italiens zuzuspitzen. Der italienische Delegierte, Senator Pirelli, hatte eine längere Unterredung mit dem englischen Schatzkanzler Snowden, wie hier verlautet, um die um ein Viertel höhere Beteiligung Italiens an den vom Young-Plan vorgesehenen deutschen Leistungen gegenüber seiner bisherigen Quote unter dem Dawes-Plan näher zu begründen.

Wiesbaden im September frei.

Wiesbaden, 22. Aug. Der Oberbefehlshaber der englischen Besatzungstruppen in Wiesbaden hat nach einer Meldung der Boff. Ztg. den telegraphischen Befehl vom Kriegsministerium aus London erhalten, alle Vorbereitungen zu treffen, um die Rückkehr der britischen Truppen für Anfang September zu ermöglichen. Zu diesem Zeitpunkt soll die Räumung der von den Engländern besetzten Zone beginnen und in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden. Es ist dem englischen Oberbefehlshaber zur Pflicht gemacht worden, die nötigen Maßnahmen sofort zu treffen.

Belgien will keine Truppen in die dritte Zone legen.

Paris, 21. Aug. Wie der „Soir“ von gutunterrichteter Seite mitzuteilen weiß, hat die belgische Regierung es abgelehnt, belgische Truppen anstelle der englischen nach deren Abmarsch in die dritte Zone zu legen.

die Lohnklasse 11 (63,00 Mark wöchentlich) auf die Sätze der Klasse 7 (14,60 Mark Unterstützung die Woche).

Die Ersparnisse.

Durch diese verminderte Einschränkung würden im Jahr nur 21 Millionen erspart gegenüber 80 Millionen nach den Vorschlägen der Sachverständigen.

Die Krankentassenbeiträge sollen um 30 Millionen Mark herabgesetzt werden; es bleibt aber trotzdem im Regierungsentwurf noch ein Fehlbetrag von 47 Millionen Mark, für den Deduktion gesucht werden muß. Nach dem Regierungsentwurf wird das bisherige jährliche Defizit von 279 Millionen Mark durch die Steigerung der Beiträge um 140 Millionen Mark gesenkt. Die Sparmassnahmen durch Verlängerung der Wartezeit, Anrechnung von Wartegebühren, Sozialrenten, Herabsetzung der Krankentassenbeiträge und die Änderungen bei den Saisonarbeitern erbringen im ganzen 92 Millionen Mark; es bleiben also 47 Millionen Mark ungedeckt.

Im sozialpolitischen Ausschuß

ging Reichsarbeitsminister Wiffel bei der Begründung vor allem auf die 47 ungedeckten Millionen ein. Die Regierung müsse es dem Reichstag überlassen, hier geeignete Maßnahmen zu treffen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Graßmann erklärte sich mit der Beitragserhöhung von ½ Prozent einverstanden, obwohl seine Partei eine stärkere Beitragserhöhung für angemessen gehalten hätte. Aber man wolle sich der Vereinbarung der Parteiführer unterwerfen. Ein Verhältnis zwischen Unterstützung und Beiträgen müßten die Sozialdemokraten unbedingt ablehnen, weil sonst gerade die von Wirtschaftskrisen am meisten betroffenen Arbeiter in ungewohnter Weise betroffen würden. Lasse sich das Defizit der Reichsanstalt für die Versicherung absolut nicht decken, so müsse eben das Reich einspringen. Wahrscheinlich seien Zuschüsse für die Zukunft nicht zu vermeiden.

Volkspartei und Versicherungsreform.

„Beitragserhöhung überflüssig.“

In der Sitzung der Sozialpolitischen Reichstagsausschusses erklärte der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Pfeffer, es sei überflüssig zu erwähnen, daß die Deutsche Volkspartei mit der Versicherungsreform nicht einverstanden sei. Das Reichsarbeitsministerium habe zwar förmlich seine Zusage, einen Gesetzentwurf vorzulegen, eingehalten, materiell aber nicht, denn die Vorlage sei nicht fertig. Es fehle das Hauptstück und es sei ein sichtsames Novum in der parlamentarischen Geschichte, daß das Kabinett eine unfertige Vorlage dem Reichstag vorlege. Nach Auffassung seiner Fraktion müsse klar und deutlich unterschieden werden zwischen den Versicherungsleistungen, die man den langfristigen Beschäftigten gebe, und den kurzfristigen Beschäftigten, die auf Grund ihrer Beiträge nicht auf versicherungsmäßige Leistung, sondern nur auf Leistungen, die der Fürsorge ähnlich wären, Anspruch haben könnten. Wenn man diesen Grundgedanken durchführe, würde mit einigen anderen Ersparnissen soviel gespart werden können, daß eine Beitragserhöhung überflüssig sei.

Rückgängige Tendenz am Arbeitsmarkt.

Überwiegend ungünstige Einflüsse.

In der Woche vom 12. bis 17. August war der Arbeitsmarkt wieder von den gegenwärtigen Bewegungen des Auf- und Abstiegs beherrscht; es scheint, als ob erstmals die ungünstigen Einflüsse schwach überwogen. Die Richtung, die sich in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken durchsetzte, war nicht einheitlich. In Brandenburg trat noch eine spürbare Entlastung ein; die Landwirtschaft nahm in beträchtlichem Umfang berufsferme Kräfte auf; die Herbstsaaten im Getreide- und Futtergewerbe, der jahreszeitliche Aufschwung in der Süßwarenindustrie, zahlreiche Arbeitsgelegenheit im Gastwirts- und Verlagswesen belebten den Markt. Auch in Ostpreußen und Pommern ging die Arbeitslosigkeit weiter zurück. In der Mehrzahl der Landesarbeitsämter überwog die rückläufige Bewegung. In Sachsen drückte vor allem die ungünstige Lage in der Metallindustrie und im Spinnstoffgewerbe auf den Markt; in Nordmark sind die Entlassungen aus den Kieler Werften noch nicht zum Stillstand gekommen; in Niedersachsen trat im Verkehrsgewerbe, in der Linoleum- und Gummiindustrie ein erheblicher Beschäftigungsrückgang ein; Hessen klagt über die Ungunst des Marktes in der Industrie der Steine und Erden.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung dürfte am 15. August um etwa 4000 über der Zahl am 31. Juli (710 000) liegen.

Verschlechterung der Außenhandelsbilanz.

Steigerung der Passivität auf 200 Millionen Mark.

Die deutsche Außenhandelsbilanz hat sich im Monat Juli wesentlich verschlechtert. Das Statistische Reichsamt errechnet eine Passivität einschließlich der Reparationszahlungen von 130 Millionen Mark gegenüber einer Aktivität von nicht ganz zwei Millionen Mark im Vormonat. Da man die Reparationszahlungen, die sich auf 69 Millionen Mark gegenüber 63 Millionen Mark im Vormonat belaufen, nicht als wirkliche Ausfuhr betrachten kann, weil für sie keine Gegenwerte hereinkommen, muß man sie bei Feststellung des endgültigen Außenhandelsresultates unberücksichtigt lassen. Unter diesem Gesichtspunkt kommt man zu einer Passivität der deutschen Handelsbilanz im Juli in Höhe von 199 Millionen Mark, der im Juni eine Passivität von 61 Millionen Mark gegenüberstand.

Russischer Panzerzug im Angriff.

Kleinkrieg an der mandchurischen Grenze.

Die letzten Nachrichten von dem Kampfgebiet an der russisch-sibirischen Grenze besagen, daß ein russischer Panzerzug sich in langsamer Fahrt der chinesischen Grenzstation Mandchuria bis auf wenige Kilometer genähert und das Feuer gegen die chinesische Stellung eröffnet habe. Aus dem Panzerzug seien russische Infanterie- und Maschinengewehrtruppen ausgeschwärmt und hätten sowohl das Stationsgebäude wie die Stadt mit Feuer überschüttet. Ein Gegenangriff der chinesischen Artillerie hätte starke Beschädigungen des Panzerzuges hervorgerufen. Nach 2½ Stunden Gefechtsdauer wäre der Panzerzug zurückgewichen. Chinesische Truppen hätten einige russische Maschinengewehre erbeutet.

Im übrigen kommen nach Berichten aus Schanghai wohl fortgesetzte Schießereien zwischen den beiderseitigen Streitkräften vor, aber nur kleinere Truppenverbände seien daran beteiligt. Es scheint festzustehen, daß die chinesischen Armeen sich immer näher heranziehen. Auch sollen japanische Verbände in Bewegung gesetzt sein und sich der Front nähern.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 22. August 1929.

Der bunte Strohmänn.

In vielen Gegenden West- und Süddeutschlands, in Tirol, Böhmen und Österreich, taucht auch immer zur Erntezeit der bunte Strohmänn auf. Er wird aus einer Garbe hergestellt, erhält Arme und Beine wie der Mensch, Augen, Nase und Mund wie im Winter ein Schneemann, und wird mit allerlei buntem Zierrat ausgeschmückt, mit einem Gürtel aus Tuch, mit Mütze und einer Tabakspfeife. Manchmal wird der bunte Strohmänn gleich bei der Ernte hergestellt, und er steht wie ein Wächter da, der bei der Erntearbeit zusieht, oft geschieht jedoch die Herstellung dieses Strohmannes auch erst am Schluß der Ernte. Dann fährt er mit dem letzten Wagen auf den Hof und erhält darauf einen bevorzugten Platz, steht bei schönem Wetter vor der Scheune und kommt bei Regenwetter in den Hausflur oder auf die Scheunentenne. Denn noch hat der bunte Strohmänn nicht ausgespielt, im Gegenteil, erst beim Erntefest kommt er zu seinen höchsten Ehren. Dann eröffnet nämlich ein Mägdelein mit ihm den Erntetanz und er wandert bei diesem Fest von Hand zu Hand, bis alle weiblichen Personen mit ihm getanzt haben. Nachher freilich ist es mit der Herrlichkeit des bunten Strohmannes aus. Er wird hinausgesetzt auf das Feld oder muß es sich gefallen lassen, in das Stroh geworfen zu werden.

* **Fahrtunterbrechung bei Benutzung von Sonntagsfahrkarten.** Von der Preßstelle der Reichsbahndirektion Elberfeld wird uns geschrieben: Es liegt Veranlassung vor, auf die Bestimmungen über die Benutzung von Sonntagsfahrkarten hinzuweisen. Danach darf mit Sonntagsfahrkarten die Fahrt auf der Hin- und Rückreise je einmal unterbrochen werden. Es ist gestattet, die Rückfahrt auch von einem Unterwegsbahnhof anzutreten. Sie muß von der Zielstation an den Tagen nach Sonn- und Feiertagen um 9 Uhr und von Unterwegsbahnhöfen spätestens mit dem Zuge angetreten oder fortgesetzt werden, den die Zielstation um 9 Uhr verläßt. Nach 9 Uhr darf die Rückfahrt nicht unterbrochen werden. Bei Zugwechsel ist der nächste anschließende Güter- oder Personenzug zu benutzen.

Halver

—(1) **Brieftaubensport.** Am 2. d. M. hatten die Vereinigten Reisevereinigungen von Rheinland und Westfalen einen Nationalwettkampf ab Insterburg etwa 1100 km Luftlinie. Beteiligt waren insgesamt 74 Reisevereinigungen mit 2265 Tauben. Um 4,45 Uhr morgens bei leichtem Südwestwind und klarer Fernsicht aufgelassen, erreichte die erste Taube am 2. Tage um 12,20 Uhr in Kamen i. W. den heimatischen Schlag. Von der Gruppe Kadevormwald, der auch die Halverschen Züchter angehören, waren 50 Tauben mit und errangen folgende Mitglieder Preise:

45. Preis Ernst Bürger vom Verein Heimkehr, Halver
183. Preis Bornow u. Zinkenstieper v. Einigkeit Bergerhof
214. Preis Ernst Bürger vom Verein Heimkehr, Halver
226. Preis Willi Wader vom Verein Berg. Höhe, Kade
251. Preis Otto Müller vom Verein Gef. Brieftaube „

Bermischtes

„Gottlieb, schmeiß den Anker raus!“ Eine amüsante Geschichte, die an die Streiche der seligen Schildbürger erinnert, spielte sich auf einem Schlepplahn, der bei Lauenburg elbbwärts fuhr, ab. Auf diesem Kahn war seit einigen Tagen ein sächsischer Schiffer — kein Talent, doch ein Charakter — beschäftigt. Da in den Kahn plötzlich Wasser eingedrungen war, als man so bei Lauenburg dahinfuhr, sollte angelegt und Anker geworfen werden. Der Schiffseigner rief daher aus der Kajüte heraus: „Gottlieb, schmeiß den Anker raus!“ Gottlieb sah sich den Anker an, und weiter ging's. Zum zweitenmal ertönte es von unten: „Gottlieb, schmeiß den Anker raus!“ Gottlieb guckte von neuem auf den Anker und brüllte: „Da ist ja gene Zunsel dran!“ Wobei zu erklären ist, daß „Zunsel“ Ankerkette bedeutet. Das Schiff stieg weiter durch die Wellen, und der Mann in der Kajüte schrie nun in voller Wut: „Gottlieb! Mensch! Verstehst du denn nicht? Du sollst den Anker rauschmeißen!“ Worauf Gottlieb sich den Anker zum drittenmal besah und vor sich hinbrummte: „Es ist ja zwar gene Zunsel dran, aber ich kann ihn ja rauschmeißen!“ Daht es und schmiß den Anker in die Elbe. Da der Kahn fast schon voll Wasser war, stürzte endlich der Schiffsführer nach oben und fragte drohend: „Wo ist der Anker?“ Gottlieb wies nach irgendeiner unbestimmten Elbstelle und sagte mit philosophischer Ruhe: „Da unten muß er wohl liegen!“ — „Mensch!“ schrie außer sich der Elblahnkapitän, „der hält ja nicht fest!“ — „Das wußt ich ja,“ sagte Gottlieb triumphierend, „es war ja gene Zunsel dran!“ Worauf Gottlieb auch rausgeschmissen wurde, zwar nicht direkt in die Elbe, aber doch an den Elbstrand.

Spiel und Sport

Sp. Hirschfeld und Schlotat siegten in Altenstein. Hirschfeld erreichte 15,32 Meter im Kugelschloß und 40,74 Meter im Disziplinschießen. Schlotat kam im Speerwerfen auf 63,85 Meter.

Sp. Das Krantenhaus verlassen hat der Herrh. V. S. C. Verteidiger Schulz. Der Berliner wird zunächst noch nicht nach der Reichshauptstadt zurückkehren, sondern in der französischen Schweiz Erholung suchen.

Sp. Schmeling kehrt nach Deutschland zurück, um sich hier, wie es heißt, einige Wochen in einem deutschen Badeort zu erholen.

Sp. Die Weltmeisterschaft der Stecher wurde von Frankreichs Meister Baillard gewonnen. Den zweiten Platz belegte der Belgier Pinart vor Kremer-Röhl und Benoit-Belgien. Sawall gab nach 80 Kilometer, ausfallslos an letzter Stelle liegend, auf.

Sp. Von 115 710 männlichen Mitgliedern des Verbandes Mitteldeutscher Ballspielvereine betätigten sich 54½ Prozent im Fußball, 21,1 Prozent im Passiv, 10,1 Prozent im Leichtathletik, 8,4 Prozent im Handball, 4,6 Prozent verschiedene Sportarten, 1 Prozent im Faustball und 0,3 Prozent im Schlagball.

Bei den 8828 mitteldeutschen Sportlerinnen lauten die Zahlen wie folgt: 31,1 Prozent für Leichtathletik, 30,1 Prozent für verschiedene Sportarten, 27,8 Prozent für Handball, 8,3 Prozent im Passiv, 1,4 Prozent im Faustball und 1,3 Prozent im Schlagball.

Arbeiter und Angestellte

Köln. (Eintigung in der rheinischen Metallindustrie.) Auf Grund von zwei durch den Schlichtungsausschuß in Rheindt ergangenen Schlichtungssprüchen war es in verschiedenen Betrieben der Metallindustrie des Bezirks München-Gladbach zu Einstimmigkeiten bezüglich der Arbeitszeit und der Lohnregelung gekommen. In der Nachverhandlung vor dem Ständigen Schlichter für den Bezirk Rheinland einigten sich jedoch die beteiligten Parteien dahin, daß der Stundenlohn ab 1. August um 3 Pfennig in der Spitze erhöht wird. Bezüglich der Arbeitszeit blieb es bei der bisherigen Regelung mit der Maßgabe, daß bei den gesetzlichen Feiertagen die Mehrarbeitszuschläge so berechnet werden, als wenn an dem betreffenden Feiertag regelmäßige werktägliche Arbeitszeit verfahren wäre. Das Abkommen ist erstmalig kündbar zum 31. Mai 1931 und erfaßt rund 9000 Arbeiter.

Hamburg. (Die Lohnbewegung in der Binnen-schiffahrt.) Der Lohnrat für das Elbewasserstraßengebiet ist von den Arbeitnehmern zum 31. August d. J. gekündigt worden. Eine außerordentliche Versammlung des Deutschen Verkehrsverbundes (Sektion Binnenschiffahrt) beschäftigte sich mit einem Bericht über den Stand der Lohnverhandlungen. Danach haben die Unternehmer erklärt, keine neuen Löhne tragen zu können. Die Versammlung nahm eine Entschiedenheit an, in der auf einer entsprechenden Lohnhöhe bestanden wird und für die mit allen gewerkschaftlichen Mitteln eingetreten werden soll.

Schlupfdienst.

Bermischte Drahtnachrichten vom 21. August.

Prinz zur Lippe wieder verurteilt.

Glogau. Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Glogau begann am Dienstag unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Lau und im Beisein von Generalstaatsanwalt Prinzen zur Lippe aus Drogelewig. Der Anklage lag ein Brief zugrunde, den der Prinz auf Grund seiner Verurteilung wegen Verstoßes gegen das Republikenschutzgesetz an den Landgerichtspräsidenten Verthold gerichtet hatte, in dem er diesen zur baldigen Ernennung zum Oberlandesgerichtspräsidenten von Jerusalem gratulierte und ihm empfahl, einen jüdischen Assessor als Kriminalkommissar mitzunehmen. In der Verhandlung betonte Prinz zur Lippe, daß es ihm ferngelegen habe, dem Präsidenten den Vorwurf erschloßen Handelns zu machen, sondern daß der Brief in der Erregung über die lange Hege in der Berliner Presse gegen ihn entstanden sei. Der Staatsanwalt beantragte als Befragung des Angeklagten 1000 Mark Geldstrafe, eventuell 20 Tage Gefängnis. Das Urteil

lautete wegen Beleidigung auf 300 Mark Geldstrafe, eventuell 30 Tage Gefängnis.

Die österreichische Regierung und die innenpolitische Lage. Wien. Für Donnerstag wurde ein Ministerrat einberufen, der sich neben den laufenden Geschäften und der Vorbereitung des parlamentarischen Herbstprogramms vor allem mit der durch die Versammlungen und Zusammenkünfte der gegnerischen Selbstschutzorganisationen in letzter Zeit entstandenen innenpolitischen Lage und den sich daraus ergebenden Folgerungen befassen wird.

Über 560 Kilometer Stundengeschwindigkeit.

London. Bei Versuchsflogen der neuen englischen Rennflugzeuge für den Schneider-Pokal, der am 6. und 7. September ausgetragen wird, erreichte der Fliegerleutnant Matherley mit einem Supermarineflugzeug „S. 6“ die phantastische Geschwindigkeit von 563,150 Kilometer in der Stunde. Die Engländer wollen versuchen, in diesem Jahre an die 600-Kilometer-Grenze zu kommen, eine Geschwindigkeit, die bisher noch von keinem Fahrzeug in der Welt erreicht worden ist.

Schwere Kohlenstaubexplosion in einem bulgarischen Bergwerk.

Sofia. Auf dem Bergwerk Tvarditsa kam es bei der Montage eines elektrisch betriebenen Grubenventilators zu einer Kohlenstaubexplosion, die drei Arbeiter tötete. Bei den Rettungsarbeiten erlitten zehn Mitglieder der Bergungskolonnen Gasvergiftungen, denen sie erlagen.

Litauische Beschwerde beim Völkerbund.

Kowno. Im Zusammenhang mit neuerlichen Zwischenfällen an der polnisch-litauischen administrativen Linie hat die litauische Regierung ein Telegramm an das Völkerbundssekretariat geschickt, das vom Ministerpräsidenten Voldemaras unterzeichnet ist und nach einer Aufzählung der Zwischenfälle mit der Bitte schließt, diese Tatsachen dem Völkerbundrat mitzuteilen.

Brennendes Brat auf dem Ozean.

New York. Der amerikanische Frachtdampfer „Palza“ hat, wie er durch Funkpruch meldet, etwa 1100 Meilen östlich von Norfolk den Dampfer „Quimistan“ brennend und von der Mannschaft verlassen, aufgefunden. Über den Verbleib der Besatzung konnte das Schiff nichts feststellen. Das Brat, das tief im Wasser lag, bildet nach der Meldung des brennenden Dampfers eine Gefahr für die übrige Schifffahrt. Die „Quimistan“, die früher in Honduras beheimatet war, soll vor kurzem in den Besitz deutscher Interessenten übergegangen sein, um abgewrackt zu werden. Das Schiff war unterwegs nach Genua, wo es außer Dienst gestellt werden sollte.

Blätterverbote im besetzten Gebiete.

Koblenz. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat das Pariser Organ der kommunistischen Partei, die „Humanité“, für drei Monate und die in München erscheinende Zeitung „Völkischer Beobachter“ für dauernd mit sofortiger Wirkung von der Verbreitung im besetzten Gebiet ausgeschlossen.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Feuerarbeiter

findet sofort dauernde Beschäftigung bei

Aug. Grote
Oberbrügge.



Weck's
Einkoch-
Apparate
und Gläser

empfiehlt:

Aug. Vollmerhaus,
Kierspe-Bhf.

Technikum
Longo & Lippe
Hoch-, Tief- u. Eisenbetonbau
Maschinenbau, Elektrotechnik

Statt besonderer Anzeige.



Unerwartet verschied gestern nachmittag 5 Uhr nach einem arbeitsreichen Leben infolge Schlaganfalles unsere liebe, stets treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, meine gute Schwester, unsere Schwägerin und Tante

Ww. Wilh. Schumacher

Luise geb. Schnöring

im Alter von 76 Jahren 7 Monaten.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beiserohl-Halver, Godesberg, Gelsenkirchen, Lüdenscheid, Vorst, Hilden, Solingen, Ennepe, Halver u. Schwenke, den 22. Aug. 1929.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 24. Aug. nachm. 3 Uhr vom Sterbehause aus, über Ennepe, statt. Beileidsbesuche dankend verboten.

Beschluß.

Über das Vermögen des Kaufmanns Karl Döfeler in Kierspe-Bahnhof wird auf seinen Antrag heute am 16. August 1929, Vormittags 12.30 Uhr das gerichtliche Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet, weil Döfeler zahlungsunfähig ist. Als Vertrauensperson zur Prüfung der Verhältnisse des Schuldners und zur Überwachung seiner Geschäftsführung sowie der Ausgaben für die Lebensführung des Schuldners und seiner Familie während des Verfahrens wird Rechtsanwalt Dr. Kurz hier bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf den 10. September 1929, vorm. 10.15 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht Zimmer 8 festgesetzt. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst Anlagen und die Ergebnisse der gemäß § 9 B. D. angestellten Ermittlungen liegen auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten aus. Meinerzhagen, den 16. Aug. 1929.

Das Amtsgericht.

Grabmal

kauft man am vorteilhaftesten bei
R. Heinz, Bildhauer, Radepormwald.

Lager in Halver bei Gärtnerei Otto Barth am Friedhof.

Vertretung für Schalksmühle Carl Oppermann. Offerten unverbindlich und kostenlos.

Stellen-Anzeigen

für den

„Personal-Anzeiger des Daheim“

werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Spesenzuschlag vermittelt.

Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 100 Pf. für die Zeile (7 Silben) bei Stellenangeboten und nur 75 Pf. bei Stellengesuchen — Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Die Geschäftsstelle des

Allg. Anzeiger, Halver.



Landwehrverein Kierspe
Schalksmühle

51. Stiftungsfest

am 24. u. 25. August ds. Js.

Festfolge:

Sonnabend, 24. August

19.30 Uhr: Antreten am Vereinslokal und Abmarsch zur Turnhalle.
20 Uhr: Festkommers und Konzert.

Sonntag, 25. August

6 Uhr: Weckruf.
11.30 Uhr: Plaghkonzert v. d. Vereinslokal.
15 Uhr: Festzug.
Ab 16 Uhr: **Konzert und Tanz** in den Lokalen: Heedfeld, Huffer, Müller und Schulz.

Großer Kirmestrubel in den Straßen.

Die Musik wird ausgeführt von der Vereinigung ehemaliger Militärmusiker (Musikmeister a. D. Lemme) Remscheid.

Am Sonntag, den 25. August

Blumentag, zum besten des Ehrenmals

Der Vorstand.

Landwehrverein Kierspe.
Feier des
62-jähr. Stiftungsfestes

am **Sonntag, dem 25. Aug.**
im **Hotel Berliner Hof.**
Antreten des Vereins 3 Uhr.
Nach dem Festzug
Gefallenen-Ehrung am Denkmal.
Anschließend photographische Aufnahme des Vereins daselbst.
Beginn des

Konzerts 4 Uhr

mit gemeinsamen Kaffeetrinken.

Abends **8 Uhr Ball.**

Die Musik wird ausgeführt vom Städtischen Orchester Lüdenscheid.

Es ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Besucht die
25 jähr. Jubelfeier
des **Tv. „Jahn“ Kierspe-Bhf.**
am 24. und 25. August 1929.
Ausführliches Programm in der Freitagnummer dieser Zeitung.

Arbeitergesangverein Halver

Sonntag, den 25. August
Waldfest

bei Wirt Gust. Böhle, Eichholz
unter Mitwirkung mehrerer
auswärtiger Vereine und Orchester.
— Anfang 3 Uhr nachmittags. —
Kinder- u. Volksbelustigungen
aller Art, Schießhalle,
Karussell, — Tanzdiele.
Um rege Beteiligung bittet
der Vorstand.

Halver! Halver!

Achtung! Enthüllungen
über die französische Fremdenlegion bringt der hochinteressante **Vortrag**

5 Jahre Fremdenlegion
in Algerien, Marokko, Sahara des ehemaligen Fremdenlegionärs Fr. Heyer, Lüdenscheid.

Der Vortrag findet am **Sonntag, den 25. Aug. 1929**, nachmittags 5 Uhr, im Saale der Carlshöhe Halver statt. Eintritt 50 Pfennig.



„Mensch-so viele Eier?“
„Kein Wunder, ich füttere: Ovafor!“
Geflügel-Kraftfutter u. Lohgefütter (Eiermehl)
WESTDEUTSCHE MÜHLE - KRAFTFUTTERFABRIK
DUSSELDORF-HAFEN-GEGRÜNDET 1906.

Alleinverteilung:
Bürger & Lausberg, Halver,
Telefon 326.

Triumph des deutschen Unternehmungsgeistes.

Der Flug Dr. Edeners nach Tokio hat auch im Ausland stärkste Beachtung gefunden. Die New Yorker Zeitungen berichten über die Landung des „Graf Zeppelin“ in Tokio in großer Aufmerksamkeit. In den Überschriften wird auf die glänzende Flugzeit hingewiesen, die das Luftschiff für die Strecke Friedrichshafen—Tokio gebrauchte und die hier auf eine Durchschnittsgeschwindigkeit von mehr als 100 Stundenkilometer errechnet wird.

In Paris begnügen sich die meisten Blätter damit, die Telegramme über den glücklichen Verlauf der Zeppelinfahrt nach Tokio, und den begeisterten Empfang in Japan wiederzugeben. Einige französische Blätter nehmen allerdings auch selbst Stellung. So schreibt das „Deuore“: Die Fahrt Friedrichshafen—Tokio ist mehr als eine Tat, sie ist ein Triumph, der Triumph eines gemeinsamen Mutes und eines gemeinsamen Vertrauens, der Triumph der Hartnäckigkeit eines Deutschen. Der wunderbare Erfolg des einen überlebenden Zeppelin läßt die Katastrophen aller anderen vergessen. Der Flug um die Welt bedeutet die Herstellung regelmäßiger Luftverbindungen zwischen Deutschland und Japan und zwischen Deutschland und Amerika. Allerdings ist die Überquerung des Stillen Ozeans das große Wagnis der Reise. Es scheint, daß der Zeppelin dadurch, daß er die Möglichkeit hat, seinen Kurs zu ändern, seine Geschwindigkeit zu vermindern, um Brennstoff zu sparen, von allen Luftverkehrsmaschinen die einzige ist, die in der Lage ist, mit einer beträchtlichen Nutzlast sehr lange Strecken zurückzulegen. Wenn es sich aber nicht um Fahrten von 3000 bis 4000 Kilometer handelt, dann wird das Riesenschiff dem Zeppelin-Luftschiff überlegen sein. Wird dann Deutschland überflügelt werden? Der Zeppelin ist deutsch, das einzig bestehende Riesenschiff ist auch deutsch. Der Kampf um die Herrschaft der Lüfte wird also im nächsten Frühjahr ein Kampf Deutscher gegen Deutsche sein. Deutschland steht an der Spitze des Fortschritts der Handelsluftschiffahrt. Die „Republique“ meint, die asiatischen Völker werden begriffen haben, daß, wenn Deutschland auch keine Kolonien mehr hat und wenn seine Expansion auch für eine gewisse Zeit verlangsamt sein wird, es doch in der Welt Geltung hat durch seine Tätigkeit, durch seinen Unternehmungsgeist, die hauptsächlichlichen Ozeanluftlinien zu erobern. Und der „Excelsior“ fragt: Worüber muß man mehr erstaunt sein, über die meisterhaften Luftschiff-führereigenschaften, die Dr. Edeners bewiesen hat, oder über die Zuverlässigkeit des Luftschiffes selbst, das mit einer Ruhepause von nur zehn Tagen die Strecke New York—Friedrichshafen—Tokio zurückgelegt hat? Erkennen wir an, daß der „Graf Zeppelin“ eine einzig dastehende Leistung vollbracht hat!

Von den englischen Blättern beglückwünscht „Daily Mail“ die Piloten und Konstrukteure zu ihrer bemerkenswerten Leistung, meint aber, der kommerzielle Wert des Luftschiffes sei durch den Flug nicht erwiesen. Ähnlich äußert sich „Daily News“, fügt aber hinzu: Der Flug nach Japan in wenig mehr als vier Tagen ist eine erstaunliche und wunderbare Leistung. Anders urteilt „Daily Chronicle“. Das Blatt sagt: Es ist keine Über-treibung, zu sagen, daß die Ankunft des „Graf Zeppelin“ in der japanischen Hauptstadt eine neue Epoche in der Eroberung der Luft bezeichnet. Dieser wunderbare Triumph deutschen Unternehmungs-geistes und deutscher Navigation bringt uns die lange erträumte, jetzt aber verwirklichte Tatsache, daß ein Luftfahrzeug, das leichter als die Luft ist, nicht nur den Ozean in beiden Richtungen überquert, sondern auch den europäischen Kontinent und die unerforschte Wildnis Nordasiens in einem Sprung überwinden hat. Die Misse und der Wein, womit nach altem japanischen Brauch ein siegreicher Krieger bei seiner Ankunft empfangen wird, sind bedeutungsvollerweise den deutschen Führern eines deutschen Luftschiffes gerichtet worden. Wir beglückwünschen Dr. Edeners und die Konstrukteure des Luftschiffes herzlich zu ihrem Erfolg. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß alle Gefahren für diese Reise-methode beseitigt sind.

Wo bleibt ein Antilärmgesetz?

Nur öffentliche Gebäude werden geschützt.

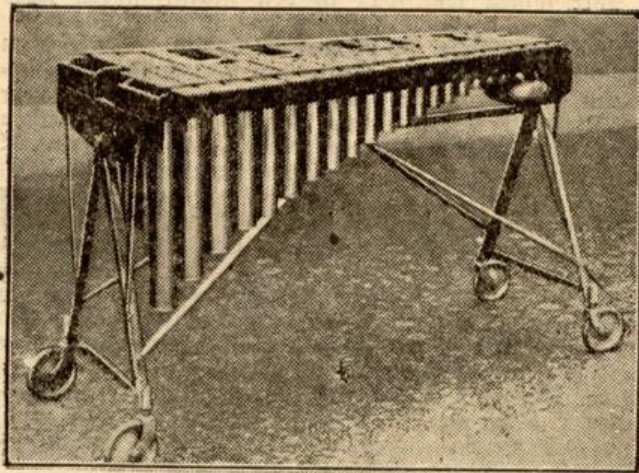
Ein Fabrikant stellte vor einiger Zeit einen Antrag, ihm auf seinem Grundstück die Errichtung einer Kraftwagenhalle zu gestatten. Der zuständige Bezirks-ausschuß verweigerte die Zustimmung hierzu, worauf der Fabrikant Beschwerde einlegte. Der ablehnende Bescheid war mit auf Grund des § 27 der Gewerbeordnung erteilt worden. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat den angefochtenen Bescheid nunmehr aufgehoben und dem Beschwerdeführer unbeschadet der Erfüllung der allgemeinen bau-, sicherheits(ufw.)polizeilichen Vorschriften die Errichtung der geplanten Kraftwagenhalle unter bestimmten Bedingungen gestattet. Da die Gründe, die zu dieser Entscheidung des Ministers geführt haben, von allgemeinerem Interesse sein dürften, da sie grundrätliche wichtige Gesichtspunkte enthalten, veröffentlicht wir nachstehend einen Auszug aus ihnen:

Der § 27 der Gewerbeordnung beschränkt sich auf den Schutz von Kirchen, Schulen oder anderen öffentlichen Gebäuden, Krankenhäusern oder Heilanstalten vor solchen Anlagen, deren Betrieb mit un-gewöhnlichem Geräusch verbunden ist. Von den Erwählungen und Einwendungen der Parteien scheiden somit für die Entscheidung von vornherein alle Ausführungen aus, die sich nicht auf den Schutz der beiden Volksschulen und der Klinik vor den von der geplanten Kraftwagenhalle zu erwartenden Geräuschen beziehen. Hierher gehören die Befürchtungen für die Verkehrs-sicherheit auf den öffentlichen Straßen, die Befürchtungen für die erholungs-suchenden Kinder und Erwachsenen und die Befürchtung einer Steigerung des Lärmes, der nicht von der Anlage als solcher ausgeht, sondern durch die Kraftwagen bei der Benutzung der für den öffentlichen Verkehr freigegebenen Straßen entstehen könnte. Mit ihren Einwendungen nicht zu hören waren hier ferner die Anwohner, die nicht Vertreter öffentlicher oder diesen gleichwertigen Gebäude sind. Es blieb sonach hier lediglich zu prüfen, ob die bestimmungsmäßige Benutzung der beiden Volksschulen und der Klinik durch die von dem geplanten Betriebe zu erwartenden Geräusche eine erhebliche Störung erleiden würde. Diese Frage war zu verneinen. Es können ferner die Vorschriften des § 27 G.-O. nicht eine so weite Auslegung finden, wie es die Gegner des Unter-nehmens für möglich halten und es auch der Bezirksaus-

schuß für zulässig angesehen hat: es müssen in diesem Verfahren die Geräuscheinwirkungen unberück-sichtigt bleiben, welchen jedes Mitglied eines Gemeinwesens ausgesetzt ist, das sich an einer für den öffentlichen Verkehr freigegebenen Straße niedergelassen hat, d. h. jene Geräuscheinwirkungen, die durch den Fuhr-werksverkehr auf der Straße entstehen können, gleichviel, ob sich dort gewerbliche Betriebe befinden oder nicht. Können auch Zufahrtsstraßen innerhalb der Be-triebsgrundstücke in der Regel, meist auch der Raum un-mittelbar vor der Einfahrt und der Ausfahrt der Kraft-wagenhallen wegen des Zusammenhanges dieser Ge-ländestücke mit der eigentlichen Betriebsstätte noch als zur Betriebsstätte der nach § 27 G.-O. zulassungspflichtigen Anlage gehörig gelten, so gilt diese Zugehörigkeit doch nicht mehr für das übrige für den öffentlichen Verkehr freigegebene Straßenland, auf dem sich vor dem Beginn des Einfahrens und nach der Beendigung des Ausfahrens der allgemeine Straßenverkehr abspielt. Denn die Ordnung dieses Verkehrs und die Ab-wehr ungebührlichen Verkehrslärms auf den öffentlichen Straßen liegen, auch wenn die Maßnahmen durch einen neuen Gewerbebetrieb erforderlich werden, gleich der Sorge für die Verkehrssicherheit, nicht der für Fälle der vorliegenden Art zuständigen Beschlussebehörde, sondern den hierzu berufenen verkehrs(ufw.)polizeilichen Instanzen ob.

Aus dieser Entscheidung geht hervor, daß das Be-dürfnis des Bürgers nach Ruhe durch unsere Gesetz-gabung nur sehr unvollkommen geschützt ist. Ein Anti-lärmgesetz würde sicherlich mit großer Freude begrüßt werden.

Das Vibraphon.



Ein neues Musikinstrument, das Vibraphon, das zum erstenmal im Orchester des Deutschen Theaters in Mün-chen verwendet wurde, hat durch seinen Wohlklang großen Beifall gefunden. Es besteht aus kurzen, abgestimmten Stahlstäben, unter denen sich offene Röhren als Resonanz-boden befinden. Das Vibraphon umfaßt alle Töne vom dreimal gestrichenen A bis zum dunklen Kontra-C.

Sönke-Nissen.

Ein friedlicher Landerobere.

Wenige Deutsche kennen Sönke-Nissen und doch kann man voraussetzen, daß sein Name unvergessen bleiben wird und daß ihn spätere Geschlechter segnen werden, wenn viele längst verschollen sind, die heute Tages-berühmtheiten in aller Munde sind.

Dieser Sönke-Nissen war ein nordfriesischer Bauern-junge, in dessen Vaterhaus Schmalhans Küchenmeister war. Aber der Sohn hatte helle Augen und zwei feste Arme und damit zog er hinaus in fremde Ernte. Man sagt, daß er dort vielerlei und unter anderem auch Gold-gräber gewesen sei, jedenfalls kam er zu großem Reichtum und wurde ein bedeutender Großlandbesitzer. Aber die Sehnsucht nach der Heimat ließ ihm keine Ruhe, und als man darüber spottete: Deutschland sei doch ein so kleines Land, antwortete er trotzig: Dann müssen wir es eben größer machen! Und als nun die andern ihn auslachten und sagten: Ihr habt ja keine Macht mehr, keine Soldaten und kein Geld, erwiderte er und dachte dabei wohl an das Wort seines Landsmanns Storm: Aber wir haben Männer noch und Knaben und die brauchen Acker.

Er kehrte heim und setzte sein Vermögen und seine Schaffenskraft daran, einen Roog zu gründen. Was ein Roog ist, kann der Binnenländer, der den täglichen Kampf der Nordsee mit der schleswig-holsteinischen Küste nicht kennt, sich nicht vorstellen. Unablässig nagt das Meer an dem festen Lande und an den vorgelagerten Inseln, so daß einige der kleinen Halligen vor unseren Augen vom Wasser weggespült werden. Aber im jahrhundertelangen Ringen mit dem „blauen Hans“ hat der Fries gelernt, den rüdichen Gesellen zu überlisten und zu meistern. Durch geeignete Arbeiten und zähe, nie erlahmende Nachsamkeit ist es möglich, dem Meere wieder angespültes Land abzu-gewinnen, es trockenzulegen und durch Deiche vor dem Wiederversinken zu schützen. So legen jetzt die Holländer die Zuidersee trocken und erobern ihrem Staate in aller Stille ein große Provinz fruchtbarsten Bodens. Solch ein Stück aus dem Meeresgrund aufgestiegenes Festland heißt Roog.

In den Jahren 1924 bis 1926 wurde das gewonnene Neuland mit einem fast neun Kilometer langen Deich, der einschließlich der Schleusen dreieinviertel Millionen Mark gekostet hat, endgültig gesichert und war nun zur Besiedlung reif. Straßen wurden mit Beihilfe von Kreis und Provinz angelegt und dann wuchsen mit unerhörter Schnelligkeit Bauerngehöfte auf, die man gesehen haben muß, weil es nirgends ihresgleichen gibt. Es sind Gebäude nach friesischem Baustil, die wohl in die Land-schaft passen, aber von riesigen Ausmaßen und in den modernsten Techniken hergestellt sind. Jede Einzelheit ist genau durchdacht und alles von größtmöglicher Zukunft. Scheunen von einer Größe, daß sie eher Luftschiffhallen gleichen. So ragen schon 21 derartige Höfe aus dem Lande, über das zu Gebenzeiten der Lebenden noch die Wellen der Nordsee hinwegspülten. Ein Landschaftsbild, das in dieser Ausprägung einzig auf der Welt vorhanden ist. Rings um die Höfe aber, so weit die Augen schauen können, dehnen sich die Getreidefelder, von denen in diesem Jahre zum erstenmal die volle Ernte eingefahren worden ist. Weizen, wie er nirgends schöner wächst im deutschen Vaterlande.

Nun kann man übersehen, ob sich der kühne Wurf des friedlichen Eroberers gelohnt hat. Eine einzige Zahl statt langer statistischer Ziffernreihen gibt darüber Rechenschaft: Von den 1200 Hektar Land, die insgesamt dem Meere abgerungen worden sind, sind rund 1000 Hektar nutzbares, hochwertiges Ackerland. Der Hektar erbringt hier im

Durchschnitt 80 Zentner Getreide, also wachsen auf dem einstigen Meeresgrund 80 000 Zentner Getreide im Jahr. Das ist der Broterbedarf einer Stadt von etwa 35 000 Ein-wohnern. Für 35 000 Städter weniger braucht Getreide aus dem Ausland eingeführt zu werden dank der Tat des nordfriesischen Bauernsohnes, der nach Deutschland zurück-kehrte, um für sein Vaterland ein friedlicher Eroberer zu werden.

Sönke-Nissen hat die Besiedlung seiner neu-gewonnenen Landschaft nicht mehr erlebt. Aber ihm zu Ehren heißt dieses Neuland hinter den Deichen an der dithmarschen Nordseeküste der Sönke-Nissen-Roog und soll diesen Namen auf der Landkarte behalten für alle Zeiten. Und ferne Entel werden dem Manne danken, daß er sein Werk still und vertrauensvoll durchführte in Deutschlands trübster Leidenszeit, als anderwärts manche schier verzweifeln wollten an den Zukunftsmöglichkeiten des eigenen Volkes.

Astor, Emmerich und Berta Kirchner.

Um 175 Millionen Dollar geht's.

Eine sehr merkwürdige Erbschafts- und Betrugs-geschichte wird demnächst ein Berliner Gericht beschäftigen: unter der Anlage, eine ganze Anzahl von Hochstapeleien verübt und versucht zu haben, wird sich in Charlottenburg vor den Schöffen die 29jährige Krankenschwester Berta Kirchner verantworten müssen. Es wäre eine simple, kaum erwähnenswerte Betrugsache, wenn nicht dahinter die berühmte, schon oft erwähnte „Emmerichsche Millionen-erbschaft“ und die bekannte amerikanische Willkür-familie Astor steckte.

Die Familie Astor stammt aus dem Badischen. Vor mehr als 100 Jahren ging der Begründer dieser Familie aus seiner Heimat nach Amerika, und mit ihm ging sein Freund Emmerich. In Amerika brachten es die beiden zu fabelhaftem Vermögen — von Astor weiß man das bestimmt, was aber Emmerich angeht, so wird es von seinen Erben oder von solchen, die sich dafür ausgeben, behauptet. Als Emmerich sich dem Tode nahe fühlte, soll er die Familie Astor zum Verwalter seines großen Ver-mögens für die Dauer von 90 Jahren eingesetzt haben. Erst nach dieser Zeit sollte das viele Geld an Emmerichs Nachkommenschaft ausgegahlt werden. Das klingt zwar etwas sehr unwahrscheinlich, aber in Amerika sind schließ-lich schon ganz andere Sachen passiert. Gegenwärtig soll das Emmerich-Vermögen, das bei einem Rechtsanwalt in Philadelphia liegen soll, 175 Millionen Dollar betragen. Als die 90 Jahre um waren, verlangten die in Baden und in Amerika lebenden Emmerichs und deren Verwandtschaft von der Familie Astor die 175 Millionen. Da aber die Astors nicht zahlten, bildete sich in Baden die gegenwärtig 110 Mitglieder zählende „Badische Erbschaftsvereinigung Emmerich“ und in Amerika eine entsprechende Erberbe-ineigung, die gar 1200 Mitglieder zählt. Was dieses Armeekorps von Erben mit den Astors vorhat, ist noch nicht ganz klar. Klarer aber liegt der Fall Berta Kirchner.

Berta Kirchner lernte eines Tages einen Polizeiober-wachmeister kennen und lieben. Dieser Polizeimann gehört zu den Emmerichs, so daß auch Berta Kirchner bald mit der Erbschaftsgeschichte vertraut war. Nun erbot sich Berta, im Auftrag der badischen Emmerichs nach Amerika zu fahren und daselbst die Auszahlung des Geldes zu betreiben. Sie erklärte, daß sie bereits in Amerika ge-wei, sei, zwei Weltreisen gemacht habe, fließend englisch spreche usw., so daß sie durchaus geeignet sei, mit den Astors fertig zu werden. Vorschlag wollte sie nicht haben, dafür aber drei Prozent der Erbschaft. Da das eine runde glatte Sache war, waren die Emmerichs einver-standen. Nun soll aber Berta Kirchner mit einer Voll-macht, die ihr von der badischen Erbschaftsvereinigung ausgestellt worden war, bedenkliche Manipulationen vor-genommen und eine Reihe von Betrügereien begangen haben. Als sie dann abreisen wollte, wurde sie auf die Anzeige einer Frau, deren Gatte mit hinüber wollte zu den Astors, eingesperrt. Seit also wird die Sache die Gerichte beschäftigen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die ganze Erbschaftsgeschichte Astor—Emmerich statt in Amerika zunächst einmal in Deutschland breit aufgerollt wird.

Worüber die Frankfurter Versicherung fiel.

Eine Erklärung des Reichsaufsichtsamtes.

Wie das Reichsaufsichtsamtsamt für Privat-versicherung mitteilt, hat es von den Schwierig-keiten bei der Frankfurter Allgemeinen Ver-sicherungsges.-A.-G. erst durch die Pressmeldungen Kenntnis erhalten, da die in Betracht kommenden Ge-schäfte weder aus der Bilanz, noch aus dem Geschäfts-bericht, noch aus den dem Reichsaufsichtsamtsamt sonst einzu-reichenden Unterlagen erkennbar waren. In gleicher Weise ist der Aufsichtsrat der Gesellschaft in völliger Unkenntnis über die tatsächlichen Verhältnisse gelassen worden. Auch sind dem Reichsaufsichtsamtsamt von dritter Seite irgendwelche Mitteilungen, die den Verdacht ord-nungswidriger Geschäfte hätten aufkommen lassen können, nicht zugegangen. Zu einer Revision an Ort und Stelle lag bei der bisher sich allgemein eines hohen An-sehens erfreuenden Gesellschaft kein Grund vor.

Mit Nachdruck muß betont werden, daß die Verluste nicht aus dem ordnungsmäßigen Ver-sicherungsbetrieb entstanden sind, vielmehr dadurch, daß die Frankfurter Allgemeine Versicherungsges.-A.-G. oder ihre Leiter an anderen Unternehmungen beteiligt waren, für welche die Leiter in unerlaubter Weise und in vollem Widerspruch zu dem Geschäftsplane Bürger-schaften in überaus großem Umfange und ohne Vorwissen des Auf-sichtsrats und des Reichsaufsichtsamtes zu Lasten der Ge-sellschaft übernommen haben. Das Reichsaufsichtsamtsamt hat in ständiger Übung dem Standpunkt Geltung verschafft, daß ein Versicherungsunternehmen nur Versicherungs-geschäfte, nicht aber auch zugleich andere, d. h. Bank- und Absatz-Finanzierungs-Geschäfte be-treiben darf.

Das Reichsaufsichtsamtsamt unterstützt pflicht-gemäß und mit Nachdruck alle Bestrebungen, die geeignet sind, Nachteile von den Versicherten abzuwenden. Den Ausbruch des Konkurses würde das Reichsaufsicht-samt sowohl im Interesse der Versicherten wie auch der Allgemeinheit für bedenklich halten und daher zu ver-hüten suchen.

Ueber eine Million Kraftfahrzeuge in Deutschland.

Nach den neuesten Zusammenstellungen belief sich der Bestand an Kraftfahrzeugen aller Art in Deutschland am 1. Januar 1929 auf 1 034 300 gegenüber 933 312 am